



Presseerklärung von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf Die Grünen im Europäischen Parlament zur Reform der EU-Zuckermarktordnung

Brüssel, 25. Juni 2004

Weniger Zucker ist mehr

Die Zuckermarktordnung der Europäischen Union muss reformiert werden - nicht durch Preissenkung und Handelsliberalisierung, sondern durch Angebotssteuerung und qualifizierten Außenschutz. Im neuesten Papier der Europäischen Kommission wird lediglich vorgeschlagen, den EU-Preis für Zucker erheblich zu senken und dies durch eine neue Erzeugerprämie für die Zuckerproduzenten auszugleichen. Dieser Vorschlag greift zu kurz. Wenn die Zuckererzeugung in der EU und Zuckerimporte aus Entwicklungsländern eine vernünftige Perspektive für die europäischen und die Bauern in Entwicklungsländern bieten soll, müssen soziale und ökologische Aspekte bei der Wahl der Steuerungsinstrumente eine zentrale Rolle spielen.

"Als Einstieg muss die EU aus jeglicher Form des Dumpings aussteigen, also die Instrumente aufgeben, die den Weltzuckerpreis nach unten gedrückt haben. Dann muss mit den Erzeugerländern von Zucker ausgehandelt werden, wie viel zusätzlicher Zucker in die EU importiert werden kann, ohne die europäischen Bauern völlig aus diesem Produktionszweig zu drängen. Das geht nur über das Instrument der Kontingente, das es bisher vielen AKP Staaten erlaubt, vom relativ hohen Zuckerpreis der EU zu profitieren." erläutert **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**, Vizevorsitzender des Agrarausschusses des Europäischen Parlaments. "Das bisherige Exportdumping der EU darf nicht durch ein soziales und ökologisches Dumping in Entwicklungsländern ersetzt werden. Daher ist ein qualifizierter Außenschutz nötig, der verhindert, dass Zucker in die EU importiert wird, der mit Raubbau an Natur und Menschen erzeugt wurde. Alle Importe in die EU, die die EU-Standards nicht erfüllen, sollen mit einer Abgabe belegt werden. Mit dem qualifizierten Außenschutz abgeschöpfte Mittel werden den Entwicklungsländern in Form eines ländlichen Entwicklungsfonds zur Verfügung gestellt. Aus diesem Fonds sollen Projekte zur Diversifizierung der Produktion und zur Anhebung der ökologischen und sozialen Standards finanziert werden."

"Wir müssen den Entwicklungsländern ermöglichen, auch mit Produkten wie Rohrzucker mehr Einkommen zu erwirtschaften," fordert **Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf**. "Es wäre aber völlig falsch zu erwarten, dass dies durch Preissenkungen und Liberalisierung des Zuckerhandels möglich wäre. Es hilft den Zuckerbauern und Landarbeitern in Brasilien nichts, wenn Brasilien bei einer Liberalisierung des Marktes den europäischen Zuckermarkt übernimmt. Dadurch werden die sozialen und ökologischen Probleme nicht gelöst."

"Ein niedrigerer Zuckerpreis in der EU käme nicht dem Verbraucher zu Gute, sondern der zuckerverarbeitenden Industrie. Diese könnte an jeder Cola noch ein bis zwei Cent mehr verdienen. Im Angesicht des hohen Zuckerkonsums und der krankmachenden Folgen in unserer Gesellschaft ist eine Senkung der Verbraucherpreise aber auch nicht anzustreben," erklärte **Graefe zu Baringdorf**, Mitglied des Europäischen Parlaments Bündnis 90/Die Grünen. "Die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume durch die Zuckerproduktion in den Regionen zu erhalten ist ein Ziel, dass sich durch Mengenregulierung und regionale Bindung der Quoten erreichen lässt. Auch in der EU sollten freiwerdende Mittel für die ländliche Entwicklung zur Verfügung gestellt werden, statt 1,3 Mrd. Euro Ausgleichsprämien für die Kompensation der Zuckerrübenbetriebe aufzuwenden."

Weitere Informationen:

Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament - Agrarbüro: Antje Kölling-
Tel. +32-2-284-5154 , Fax +32-2-284-9154, Email: fgraefe@europarl.eu.int